

Literaturbericht

Dokumente eines Rückzugsgefechts

Anmerkungen zu einem lettischen Dokumentenband*

von

Detlef Henning

Während am 18. November 1987 in Riga eine größere Demonstration anlässlich des Jahrestages der Proklamation der unabhängigen Republik Lettland 1918 noch von einem größeren Milizaufgebot verhindert werden konnte, wurde dieser Tag ein Jahr später, wenige Wochen nach Gründung der Volksfront Lettlands, bereits mit einem Festakt an historischem Ort im Nationaltheater begangen.

Zuvor hatte am Jahrestag der ersten großen Deportationswelle vom 14. Juni 1941 der populäre Politiker Lettlands, Mavriks Vulfsons, 1988 zum ersten Mal öffentlich ausgesprochen, was bis dahin die offizielle sowjetlettische Historiographie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu verschweigen geholfen hatte: daß 1940 in Lettland keine sozialistische Revolution, sondern eine Okkupation stattgefunden hatte. Damit geriet das offizielle Geschichtsbild ins Wanken, welches seit 1920 in der lettischen kommunistischen Emigration in Sowjetrußland und später seit 1940/45 in der Lettischen SSR die historiographische Tradition bestimmt hatte: Nicht die bürgerlich-demokratische Republik vom 18. November 1918 unter Ulmanis, sondern die Räteautonomie dreier lettischer Landkreise vom Herbst 1917 (sog. „ISKOLAT – Republik“ unter F. Roziņš) bzw. die Räterepublik vom 17. Dezember 1918 (sog. „Sozialistische Räterepublik Lettland“ unter Stučka) sei Ziel der Geschichte Lettlands gewesen, welches nach 22jähriger bürgerlicher Diktatur 1940 auf friedlichem Wege wiederhergestellt worden sei.

Die mit dieser Geschichtsdiskussion verbundene Dynamik der politischen Entwicklung versuchte das ZK der Kommunistischen Partei Lettlands mit Hilfe einer Reihe tendenziöser Publikationen, herausgegeben vom Institut für Parteigeschichte beim ZK der LKP und dem Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der Lettischen SSR, zu kanalisieren. Zu ihnen gehört auch die angezeigte Veröffentlichung¹.

* Dokumenti stāsta. Latvijas buržuāzijas nākšana pie varas. [Dokumente erzählen. Wie die Bourgeoisie Lettlands an die Macht kam.] [Hg.:] Akademie der Wissenschaften und Zentrales Staatsarchiv für Geschichte der SSR Lettland. [Red.:] A. Drīzulis, V. Karaļuns, M. Rasa und I. Ronis. Mit einem Vorwort von A. Drīzulis, zusammengestellt von V. Bērziņš. Verlag „Zinātne“. Rīga 1988. 304 S., 16 Abb. a. Taf.

1) Neben dem besprochenen Buch u. a.: „Neatkarīgā“ Latvija – kāda tā bija [Das „unabhängige“ Lettland – wie es war], Riga 1987; der Dokumentenband: Padomju varas atjaunošana Latvijā un Latvijas PSR iestāšanās PSRS sastāvā [Die Erneuerung der Sowjetmacht in Lettland und der Eintritt der SSR Lettland in den Bestand der UdSSR], Riga 1987; ferner die Sammelbände I–IV der Serie: Latvijas likteņgadi [Schicksalsjahre Lettlands], Riga 1987–1990 (mit Beiträgen der Historiker I. Apine, V. Blūzma, L. Dribins, V. Karaļuns, O. Niedre, E. Pelkaus, J. Riekstiņš, E. Žagars, L. Zīle u. a.).

Sie beinhaltet 150 Dokumente zur Entstehungsgeschichte der Republik Lettland der Jahre 1917 bis 1920. Das Schwergewicht liegt auf den Jahren 1918 und 1919. 51 Dokumente wurden bereits 1968 in einem Dokumentenband gleicher Thematik und Tendenz publiziert², 14 davon diesmal ungekürzt. Ein großer Teil ist bereits ein- oder mehrmals an anderen Stellen, vorwiegend während der Periode des Tauwetters 1957–1960, veröffentlicht worden³. Nach Möglichkeit wird jedoch auf die Originaldokumente im Zentralen Staatsarchiv für Geschichte Lettlands verwiesen. Benutzt wurden vor allem die Fonds 1307, 1899 und 6033, also Sitzungsprotokolle der Lettländischen Provisorischen Regierung Ulmanis, der pro-deutschen Regierung Niedra sowie außenpolitische Korrespondenz (Meierovics u. a.). Das Protokoll der konstituierenden Sitzung des Lettländischen Volksrates vom 17. November 1918 und dessen „politische Plattform“ sowie ein Auszug aus der am nächsten Tag erfolgten Proklamation der Republik Lettland werden in Lettland erstmals seit 1940 veröffentlicht (Dok. 21–22). Bisher war in Dokumentenpublikationen das historische Datum des 18. November 1918 geschickt mit Dokumenten der XVII. Konferenz der Lettischen Sozialdemokratie (Bolschewiki), die vom 18.–19. November 1918 stattgefunden hatte, übertüncht worden. Die erneute Aufnahme des „Manifestes“ der bolschewistischen Gegenregierung unter Stučka vom 17. Dezember 1918 gehörte wohl zum Ritual, auf das 1988 noch nicht verzichtet werden konnte (Dok. 37). Die Verträge Winnigs mit der Regierung Ulmanis vom 7. und 29. Dezember 1918 (Dok. 38 und 44), die Kooperationsverträge Lettlands mit Litauen vom 1. März 1919 (Dok. 70) und mit Estland vom 21. Juli (Dok. 107) sowie der lettisch-russische Friedensvertrag vom 11. August 1920 (Dok. 146) waren 1959/60 bereits in russischer Sprache publiziert worden⁴. Lediglich der einstweilige Vertrag Lettlands mit Deutschland über die Wiederaufnahme der Beziehungen vom 15. Juli 1920 (Dok. 144) dürfte dem lettischen Leser neu sein. Vereinzelt werden Beiträge aus der Publizistik jener Jahre, die dem Historiker schwer zugänglich sind, abgedruckt (Cīņa, Laika Vēstis, Brīvais Strēlnieks, Dzimitenes

2) *Kā tas bija. Dokumenti un materiāli (Kā latviešu buržuāzija nāca pie varas)* [Wie es war. Dokumente und Materialien (Wie die lettische Bourgeoisie an die Macht kam)]. Riga 1968.

3) Ein Teil der Dokumente entstammt folgenden lettischsprachigen Publikationen: *Proletariāta diktatūra Latvijā* [Die Diktatur des Proletariats in Lettland], Moskva 1919; *Latvijas Tautas Padome* [Der Volksrat Lettlands], Riga 1920; *Latvijas Komunistiskā Partija Oktobra revolūcijā* [Die Kommunistische Partei Lettlands während der Oktoberrevolution], Riga 1957; *Padomju varas konstitucionalie akti Latvijā (1917–1957)* [Verfassungsrechtliche Akte der Sowjetmacht in Lettland (1917–1957)], Riga 1957; *Latvijas Komunistiskā Partija 1918. un 1919. gadā* [Die Kommunistische Partei Lettlands in den Jahren 1918 und 1919], Riga 1958; *Iskolata un tā prezidija protokoli (1917–1918)* [Protokolle des Iskolat und seines Präsidiums (1917–1918)], Riga 1973; *Buržuāziskā Latvija imperialistisko lielvalstu ekonomiskajā atkarībā (1919–1940)* [Das bürgerliche Lettland in der ökonomischen Abhängigkeit der imperialistischen Großmächte (1919–1940)], Riga 1984; *Padomju varas atjaunošana Latvijā un Latvijas PSR iestāšanās PSRS sastāvā* [Die Wiedererrichtung der Sowjetmacht in Lettland und der Eintritt der Lettischen SSR in die UdSSR], Riga 1988.

4) *Socialističeskaja Sovetskaja Respublika Latvii v 1919 g. i inostrannaja intervencija. Dokumenty i materialy v dvuch tomach* [Die Sozialistische Sowjetrepublik Lettland im Jahre 1919 und die ausländische Intervention. Dokumente und Materialien in zwei Bänden], Riga 1959/1960: Bd. 1, Dok. 72 und 109; Bd. 2, Dok. 18, 148 und 334.

Ziņas, Rīgas Latviešu Avīze, Baltijas Ziņas, Jaunākas Ziņas, Tautas Balsis u. a.). Der Großteil der Dokumente bezieht sich auf das lettische national-bürgerliche Lager, da Dokumente zum „Kampf der Werktätigen und lettischen Schützen für Sowjetlettland (...) in vielen früher herausgegebenen Büchern zu finden“ (S. 5) seien. Den Band vervollständigen 16 Fotoabbildungen, eine kurze Chronik der Ereignisse vom Juli 1917 bis zum Januar 1921 sowie ein Personenregister.

Das einleitende Vorwort stammt von dem Historiker Aleksandrs Drīzulis, der neben Ausübung zahlreicher politischer Funktionen bis 1988 Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der Lettischen SSR und zuletzt neben Vilis Samsons der wichtigste Hüter der sowjetlettischen Geschichtsideologie gewesen ist. Er faßt noch einmal das seit 1952 gültige schlichte, dichotomische Welt- und Lettlandbild der sowjetlettischen Historiographie zusammen und verdeutlicht die Tendenz, der die vorliegenden Dokumente dienen sollen: 1917–1920 hätten sich auf der einen Seite die einfachen Werktätigen Lettlands, auf der anderen Seite die „begüterten Kreise“ gegenüberstanden. Die lettischen Bolschewisten hätten in der zweiten Hälfte des Jahres 1917 in den Wahlen zum Rigaer Stadtrat, zu den Land- und Kreistagen und zur russischen Konstituante im Gegensatz zu dem von Bürgerlichen und Menschewisten dominierten lettländischen Provisorischen Nationalrat und dem Demokratischen Block in Riga eine demokratisch legitimierte Mehrheit erhalten. Nach der Oktoberrevolution hätten die Räte schnell die Macht übernommen und habe das Exekutivkomitee des Arbeiter-, Landlosen- und Soldatendeputiertenrates Lettlands (Iskolat) die erste lettische Regierung in der Geschichte gebildet. Zwischen dem Brester Frieden und dem Waffenstillstand von Compiègne hätten die lettischen Kommunisten im Untergrund den Kampf um die Befreiung Lettlands geleitet. Die Annullierung des Brester Friedens durch das Allrussische Exekutivkomitee am 13. November 1918 habe die Möglichkeit eröffnet, dem lettischen Arbeitervolk die nötige Hilfe zur Abschüttelung der deutschen Okkupation zu leisten. Am 18. November 1918 hätte eine kleine Minderheit, vertreten durch den lettischen Volksrat, einen lettischen Staat proklamiert, der aber lediglich Mittel der Imperialisten zur Bekämpfung des revolutionären Rußland gewesen sei. Gleichzeitig habe die im Untergrund arbeitende Lettische Sozialdemokratie (LSD) einen Arbeiteraufstand geplant. Eine lettische Räteregierung habe am 4. Dezember ihre Tätigkeit aufgenommen und am 17. Dezember ihr Manifest verbreitet. Dem Rigaer Arbeiteraufstand am 3. Januar 1919 seien dann die vorrückenden lettischen Schützen zur Hilfe gekommen. Der III. Arbeiter-, Landlosen- und Schützenkongreß Lettlands, der vom 13. bis 15. Januar 1919 in Riga tagte, habe dann die rechtlichen Grundlagen einer „Lettländischen Sozialistischen Räterepublik“ unter Stučka geschaffen. Diese sei von der Mehrheit des Volkes unterstützt worden, ihr Aufbau sei dann aber im Gefolge des russischen Bürgerkrieges an den vereinten und weit überlegenen Kräften der Konterrevolution (Entente, deutsche Freikorps, baltische Barone und lettische bourgeoise Kräfte) gescheitert. Die russischen Friedensangebote hätten dem Willen der kriegsmüden Völker entsprochen und die Revolution für Rußland gesichert.

Dem ist zu widersprechen. Die Dokumente, die spiegelbildlich den Weg der lettischen Bolschewisten an die Macht Ende 1918 belegen und den Kontrapunkt zur Tendenz des angezeigten Buches bilden, sind nie veröffentlicht worden. Sie fehlen auch in dem vorliegenden Band. Zu ihnen gehören etwa die Protokolle der ZK-Sitzungen der LKP und der Räteregierung zwischen dem November 1918

und dem Januar 1920, die belegen, daß die lettische Räterepublik nicht Emanation des Willens des lettischen Volkes, sondern eine beliebige Funktion der Leninschen Außen- und Friedenspolitik war, der sich die lettischen Bolschewisten unterwerfen mußten. So ordnete z. B. Stalin kategorisch die Bildung einer Lettländischen Räteregierung gegen den Widerstand der lettischen Genossen an (Beschlußprotokoll der Außerordentlichen Sitzung des Rußlandbüros des ZK der LSD [Bolschewiki] in Moskau am 23. November 1918)⁵; ferner die Berichte der lettischen Politkommisare an das ZK, die die exogene Gründung vieler Arbeiter- und Landlosenräte um die Jahreswende 1918/19 belegen; die Lageberichte des Kommissariates des Inneren über Kompetenzchaos und Opposition in Städten und Gemeinden Rätelands⁶; der Bericht einer Untersuchungskommission des ZK der LKP, die den Fall Rigas am 22. Mai 1919 auf eigenes militärisches und organisatorisches Unvermögen zurückführt⁷; schließlich die zahlreichen Zeugnisse des roten Terrors, etwa die Tätigkeitsberichte der Revolutionstribunale⁸. Rascher Popularitätsverlust der lettischen Bolschewisten zwischen Januar und Mai 1919, ihre politische Unfähigkeit und finanzielle Abhängigkeit von Lenins Rat der Volkskommisare in Moskau sind die entscheidenden Kennzeichen dieser Episode der lettischen Geschichte.

So blieb das bolschewistische Regime von 1919 zunächst nur Episode. Stučkas Worte vom 19. August 1919 „Und ich betone hier noch einmal, daß wir, wenn wir nach Lettland zurückgehen, unsere Arbeit an der Stelle fortsetzen, wo wir sie am 22. Mai niedergelegt haben. Ob wir es sein werden oder andere, unsere Arbeit wird fortgesetzt“ wurden erst 1940 brutale Wirklichkeit. Der sowjetischen Annexion folgte die Besetzung des Geschichtsbildes. Stučkas „Räterepublik“ konnte ab 1953 in den Kanon der positiven Geschichtstradition Lettlands aufgenommen und zum Vorgänger der Lettischen SSR stilisiert werden. Eine lettisch-bolschewistische Geschichtstradition sollte nationale Tendenzen in der gleichgeschalteten baltischen Republik ideologisch kanalisieren und diese kontrollierbar machen. Die Tätigkeit der Historiker (Apine, V. Bērziņš, Blūzma, Dribins, Drīzulis, Krastiņš, Millers, Sīpols, Treijs u. a.) zu diesem Thema hatte damit herrschaftssichernde Funktion für das Sowjetregime in Lettland.

Die von Indulis Ronis und Valdis Bērziņš zusammengestellten Dokumente, vor allem der im Vergleich zur Ausgabe von 1968 umfangreiche Anmerkungsapparat, kontrastieren allerdings mit dem Vorwort von Drīzulis. Jenem ist durchaus eine ganze Reihe von bisher dem lettischen Leser vorenthaltenen Informationen zu deutsch-baltischen und lettisch-bürgerlichen Politikern, Parteien und Organisationen zu entnehmen. Die Sprache ist sachlich und Zusammenhänge werden diffe-

5) Archiv des ZK der Lettischen Kommunistischen Partei, Fond 32, op. 1, d. 1, l. 107–109.

6) Zentrales Staatsarchiv für die Oktoberrevolution Lettlands, Fond 10.

7) Archiv des ZK der Lettischen Kommunistischen Partei, Fond 31: „Materialy komissii CK KPL po rassledovaniju pričin padenija goroda Rigi 22 maja 1919. [Sekretno]“ [Materialien der Kommission des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Lettlands zur Ermittlung der Ursachen für den Fall der Stadt Riga am 22. Mai 1919. (Geheim)] und „Kommunističeskaja Partija Latvii. Central'nyj Komitet. Protokoly zasedanij Bjuro C.K. K.P.L. i Sovetskogo Pravitel'stva Latvii gor. Režica“ [Kommunistische Partei Lettlands. Zentralkomitee. Protokolle des Büros des ZK der KPL und der Räteregierung Lettlands der Stadt Režica] (25. 5. 1919–25. 1. 1920).

8) Z. B. im Zentralen Staatsarchiv für Geschichte Lettlands, Fond 1537.

renzierter geschildert. So wird z. B. darauf hingewiesen, daß nicht alle Deutsch-Balten den Libauer Putsch begrüßt haben (S. 161–162), oder der 1990 verstorbene Bruno Kalniņš, der bisher angeblich „aktiv an antisowjetischer Tätigkeit“ (Lettische Sowjetenzyklopädie, 1983) teilgenommen hatte, wird als „ein bekannter Sowjetologe, Autor vieler Bücher“ charakterisiert (S. 206). Nicht alle Angaben sind jedoch richtig: Das Wolmarer Internierungslager wurde nicht erst im Juni 1919 von der Regierung Ulmanis eingerichtet, sondern bestand bereits während der deutschen Besatzung und war besonders während des bolschewistischen Regimes Stučkas Ort des Roten Terrors (S. 248)⁹.

Im Sommer 1988 standen die regimetreuen sowjetlettischen Historiker mit der Theorie von der 1919 unterbrochenen und 1940 wieder aufgenommenen Linie der Arbeiter- und Landlosenmacht in Lettland jedoch bereits in der Defensive. Ihre Veröffentlichungen wurden zu etwas anderem, als von ihnen intendiert: nicht zu ideologischen Waffen in der im Zeichen von Glasnost' geführten öffentlichen Diskussion um die „weißen Flecken“ der Geschichte und einen wie auch immer reformierten Sozialismus in einer erneuerten Sowjetunion, sondern zu Dokumenten eines Rückzugsgefechtes, des letzten Versuches, die „Orientierung der Arbeiterschaft [Lettlands] auf Sowjetrußland“ (S. 4) und damit die immerwährende Gültigkeit des Modernisierungsmodells des bolschewistischen Rußland von 1917 auch für die baltische Region festzuschreiben.

9) Vgl. dazu u. a. die Zeugenaussage vom 19. Juli 1921 gegen den Verwalter des Gefangenenlagers Valmiera, Zaķis, wegen Mord und Folterung kranker Gefangener im Frühjahr 1919, in: Zentrales Staatsarchiv für Geschichte Lettlands, f. 1536, op. 68, d. 1001, l. 34.